

U n t e r r i c h t u n g

durch die Landesregierung

Bericht über die Reise des Ministerpräsidenten nach Ruanda vom
23. bis 29. Juni 1997

Inhalt

	Seite
1. Delegationsteilnehmer	2
2. Verlauf der Reise	2
3. Partnerschaft Rheinland-Pfalz – Ruanda	2
4. Politische Situation	3
5. Innere Lage	4
6. Justiz	4
7. Menschenrechte	5
8. Kirchen	5
9. Entwicklungsperspektiven Ruandas	6
10. Abschließende Bewertung der Reise	6

Dem Präsidenten des Landtags mit Schreiben des Ministerpräsidenten vom 25. Juli 1997 übersandt.

1. Delegationsteilnehmer:

Kurt Beck, Ministerpräsident

Walter Schumacher, Sprecher der Landesregierung

Jürgen Debus, Staatssekretär a. D., Vorsitzender des Vereins Partnerschaft Rheinland-Pfalz – Ruanda

Roland Lang, Mitglied der SPD-Fraktion im Landtag

Dr. Walter Altherr, Mitglied der CDU-Fraktion im Landtag

Herbert Mertin, Mitglied der F.D.P.-Fraktion im Landtag

Dietmar Rieth, Mitglied der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Landtag

Dr. Rainer Frank, Leiter des Büros des Ministerpräsidenten

Dr. Carola Stein, Ministerium des Innern und für Sport

sowie Journalisten des Südwestfunks (Hörfunk und Fernsehen), des ZDF, der Rheinpfalz und der Frankfurter Rundschau.

2. Verlauf der Reise

Die Reise nach Ruanda vom 23. bis 29. Juni 1997 fand anlässlich des 15jährigen Bestehens der Partnerschaft zwischen Rheinland-Pfalz und Ruanda statt. Ziel dieser Reise war es, sich über die aktuelle Situation in Ruanda und den Fortgang der Partnerschaftsprojekte zu informieren sowie zu prüfen, welche Bereiche Rheinland-Pfalz zukünftig schwerpunktmäßig unterstützen sollte.

Es wurden Gespräche geführt mit dem Präsidenten der Republik Ruanda, Pasteur Bizimungu, dem Vizepräsidenten und Minister für Verteidigung, Paul Kagame, dem Premierminister Pierre Célestin Rwigema, dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Anastase Gasana, dem Minister für Innere Angelegenheiten, Kommunalentwicklung und Siedlungswesen, Sheikh Abdulkarim Harelimana, sowie weiteren Regierungsmitgliedern.

Weiterhin fanden Gespräche mit der Vizepräsidentin und mit Abgeordneten des ruandischen Parlaments, mit Bischöfen der Katholischen und Protestantischen Kirche, mit Angehörigen von UN-Organisationen und Mitarbeitern deutscher Hilfsorganisationen und in Ruanda tätiger deutscher Unternehmen statt.

In folgenden Gemeinden wurden Projekte besichtigt:

- Cyeru (Präfektur Ruhengeri)
- Giti (Präfektur Byumba)
- Kacyiru (Präfektur Kigali-Stadt)
- Ngenda (Präfektur Kigali-Land)
- Rutongo (Präfektur Kigali-Land)
- Rutare (Präfektur Byumba)

Zudem wurde die nationale Gedenkstätte Ntarama besucht.

Die in diesen Gemeinden besichtigten elf Projekte dienen der Gesundheitsversorgung, sind Schulen und Waisenhäuser, Arbeitsstätten wie Bäckereien, Metzgereien und eine Farbenfabrik. Ein besuchtes Projekt hilft der Wiederaufforstung.

3. Partnerschaft Rheinland-Pfalz – Ruanda

Die Partnerschaft zwischen Rheinland-Pfalz und Ruanda ist heute – nach den 15 Jahren ihres Bestehens – zu einem anerkannten Modell der Entwicklungszusammenarbeit geworden. Derzeit bestehen 56 kommunale Partnerschaften und 229 Schulpartnerschaften. Insgesamt 66 Mio. DM sind in den letzten 15 Jahren an finanzieller Unterstützung aus Rheinland-Pfalz nach Ruanda geflossen.

Alle Gesprächspartner betonen die hohe Effizienz der Partnerschaftsprojekte, die eine unmittelbare Verbesserung der Lebensbedingungen für die Menschen in Ruanda bewirken. Herausgehoben wurde auch immer wieder die besondere Form der menschlichen Zusammenarbeit zwischen den Bürgerinnen und Bürgern in Rheinland-Pfalz und Ruanda, die eine besondere Hilfsbereitschaft, aber auch eine besondere Akzeptanz der Projekte mit sich bringe. Die Fortführung der Partnerschaft nach der Genozidtragödie ist ein großer Ausdruck von Solidarität für das ruandische Volk, wie verschiedene Gesprächspartner immer wieder hervorheben.

Die Projekte, die von der Delegation besucht wurden, zeigen deutlich, wieviel mit bescheidenen Mitteln erreicht werden kann. Die Schulen, die mit rheinland-pfälzischer Hilfe gebaut wurden, ermöglichen nun vielen Kindern erstmals den Zugang zu Bildung, die neuen Gesundheitszentren erlauben den Menschen eine bessere medizinische Versorgung. Vielfältig sind die Beispiele für eine gelungene dezentrale Entwicklungshilfe, die im Rahmen der Partnerschaft geleistet werden konnte. Die Projekte zeigen auch das große Engagement und die Fähigkeit der Bevölkerung zur Selbsthilfe, wenn kleine Starthilfen gegeben werden.

Die bisherigen Schwerpunktbereiche der Partnerschaft in den Bereichen Grundbildung, medizinische Versorgung, Versorgung mit Trinkwasser, Förderung des lokalen Handwerks, Hilfe für Waisenkinder, für Straßenkinder, für alte und behinderte Menschen, hat sich bewährt.

In einer Gemeinsamen Erklärung von Premierminister Pierre Célestin Rwigema und Ministerpräsident Kurt Beck zum Abschluß des Besuches sind weitere Schwerpunkte für die zukünftige Partnerschaft vereinbart:

- der Bau und die Ausstattung von neuen Primarschulen,
- der Bau und die Ausstattung von technischen Schulen,
- die Unterstützung für die Produktion, die Lagerhaltung sowie die Vermarktung von landwirtschaftlichen Produkten,
- die Unterstützung für die Versorgung mit Trinkwasser,
- die Unterstützung des Gesundheitsbereiches.

Zudem soll dem Wunsch der ruandischen Regierung gefolgt werden, beim Aufbau einer freien Presse in Ruanda zu helfen.

Als Folge des Genozides tragen die Frauen in Ruanda besondere Verantwortung beim Aufbau des Landes, welches auch in verschiedenen Projekten zum Ausdruck kommt. Daher soll Frauenprojekten im Rahmen der Partnerschaft Rheinland-Pfalz mit Ruanda eine besondere Bedeutung beigemessen werden.

4. Politische Situation

Derzeit bilden fünf Parteien die ruandische Regierung „der nationalen Einheit“. Das Übergangsparlament setzt sich aus 70 (davon zwölf Frauen) nominierten, nicht gewählten Abgeordneten aus den acht Parteien zusammen, die 1993 den Friedensvertrag von Arusha unterzeichnet hatten. Besonderer Wert wird darauf gelegt, daß jeweils in allen Parteien alle ethnischen Gruppen vertreten sind.

Parlamentswahlen sind in Ruanda für die unmittelbare Zukunft derzeit nicht vorgesehen. Nach Ansicht der Vizepräsidentin des ruandischen Parlamentes und den Abgeordneten ist eine Wahl erst in einigen Jahren sinnvoll und machbar, wenn das ruandische Volk die durch den Genozid hervorgerufene Spaltung der Gesellschaft in Täter und Opfer überwunden habe. Die Einigung und Versöhnung des Volkes erfordere einen langwierigen Sensibilisierungsprozeß, der insbesondere an der Basis ablaufen müsse.

Zu den vordringlichen Aufgaben des jetzigen Parlamentes gehöre es, die legislative Arbeit zu bewältigen und Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine demokratische Wahl überhaupt ermöglichen. Derzeit arbeitet das ruandische Parlament eine zukünftige Verfassung für dieses Land aus, die sich wahrscheinlich orientiert am französischen Präsidialsystem bzw. dem Präsidialsystem der USA.

Zunächst werden Wahlen auf der kommunalen Ebene angestrebt. Die Vizepräsidentin des ruandischen Parlamentes und die Abgeordneten gehen von einem Zeitraum von zwei bis drei Jahren aus, bis Wahlen in Ruanda durchgeführt werden können.

Die Arbeitsbedingungen der ruandischen Parlamentarier sind schwierig, da ihnen sachkundiges Personal und Sachmittel fehlen. Nach Auskunft der Parlamentarier arbeiten sie $\frac{2}{3}$ des Jahres im Parlament in Kigali und mit jeweils $\frac{1}{3}$ ihrer Arbeitszeit vor Ort. Täglich finden Sitzungen statt, morgens Ausschußsitzungen und nachmittags Sitzungen des Plenums.

Die als Delegationsteilnehmer mitgereisten Abgeordneten des rheinland-pfälzischen Landtags und Ministerpräsident Kurt Beck unterstrichen die Bedeutung des Parlamentes und der Abgeordneten, die durch die Entscheidung des Volkes das Herz einer demokratischen Gesellschaft bilden. Die Arbeit des ruandischen Parlamentes stelle die Grundlage für einen demokratischen Aufbau Ruandas dar.

5. Innere Lage

In den letzten Monaten kehrten ca. 3 Mio. Flüchtlinge nach Ruanda zurück, sogenannte „Altflüchtlinge“, die 1959 und danach Ruanda verlassen mußten, und Ruandesen, die während und nach dem Genozid 1994 geflohen sind. Die ruandische Regierung hat alle Flüchtlinge aufgerufen, nach Ruanda zurückzukehren.

Probleme ergeben sich bei der Unterbringung dieser Flüchtlinge, da viele Häuser zerstört wurden oder andere Ruandesen jetzt in den Häusern der Flüchtlinge leben. Allerdings werden diese Häuser den Flüchtlingen wieder zurückgegeben. Weitere Probleme bei der Rückführung von Flüchtlingen bestehen in der medizinischen Versorgung und in der inneren Sicherheit für Ruanda.

Besonders im Strom der vielen hunderttausend ruandischen Flüchtlinge, die Ende 1996 innerhalb von wenigen Tagen die Lager im ehemaligen Zaire verließen, kehren auch zahlreiche bewaffnete Milizen und ehemalige Soldaten nach Ruanda zurück. In Ruanda können diese Milizen zusätzlich auf Waffenverstecke zurückgreifen, die sie bei ihrer Flucht im April 1994 angelegt haben. Bereits in den vergangenen Jahren hatten diese Milizen versucht, von den Flüchtlingslagern im ehemaligen Zaire aus die Situation in Ruanda mit verschiedenen militärischen Aktionen zu destabilisieren. Nun werden diese Aktivitäten nach Einschätzung der ruandischen Regierung, aber auch nach Einschätzung ausländischer Beobachter, insbesondere der UN, im Landesinneren Ruandas fortgeführt, schwerpunktmäßig im Norden und Nordwesten, in den Präfekturen Gisenyi und Ruhengeri. Aus dieser Region entstammen 85 % der alten Regierungsgarden des früheren Präsidenten Habyarimana. Er stammt selbst aus dieser Region.

Oberstes Ziel der ruandischen Regierung ist die Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung im Land. Daher kommt es immer wieder zu militärischen Auseinandersetzungen, die sich vor allem auf die eben genannten Präfekturen Gisenyi und Ruhengeri konzentrieren. Dabei kommen auch Zivilisten zu Tode. Die ruandische Regierung hofft, daß die militärischen Auseinandersetzungen auf diese Präfekturen begrenzt werden können und sich nicht auf ganz Ruanda ausweiten. Die Milizen sind nach Einschätzung der ruandischen Regierung und von ausländischen Beobachtern von den früheren Rückzugsgebieten und Militärbasen im ehemaligen Zaire abgeschnitten, eine Unterstützung aus dem Ausland, insbesondere aus dem Kongo, erfolge nicht mehr.

Von Regierungsseite wurde in den Gesprächen die – nach Meinung der ruandischen Regierung – unfaire Propaganda bezüglich der noch verbleibenden ruandischen Flüchtlinge im Kongo bedauert. Ein Großteil dieser Flüchtlinge sei nach Meinung der jetzigen ruandischen Regierung für den Genozid von 1994 verantwortlich. Sie, die Täter, würden nun quasi als Opfer behandelt. Unverständlich seien nach Meinung der ruandischen Regierung auch die verschiedenen Berichte darüber, daß ruandische Soldaten im Inneren des jetzigen Kongos Massaker an den ruandischen Flüchtlingen verübt hätten. Wenn nach ihrer Auffassung tatsächlich ein Interesse an einer Tötung dieser Menschen bestanden hätte, dann hätte dies bereits vor langer Zeit in den Flüchtlingslagern erfolgen können.

Ausdrücklich begrüßt wurde von der ruandischen Regierung die Tatsache, daß derzeit eine internationale Untersuchung über die Hintergründe der nach ihrer Meinung angeblichen Massaker an den ruandischen Flüchtlingen geplant sei.

Neben der Unterbringung der Flüchtlinge, der medizinischen Versorgung und der inneren Sicherheit stellt weiterhin die Versorgung der Bevölkerung mit ausreichenden Nahrungsmitteln ein Problem dar. Hunger war für die Delegationsteilnehmer in den besuchten Regionen Ruandas nicht sichtbar und feststellbar, gleichwohl bestehen Probleme in der ungleichen Versorgung mit Nahrungsmitteln im Land. Der rasante Bevölkerungsanstieg verschärft diese Situation, so daß auf absehbare Zeit Ruanda weiterhin auf internationale Hilfe angewiesen ist.

Ministerpräsident Kurt Beck wies in den verschiedenen Gesprächen, insbesondere mit Mitgliedern der ruandischen Regierung, auf die Notwendigkeit hin, die innere Sicherheit in Ruanda mit rechtsstaatlichen Mitteln herzustellen, bei allem Verständnis für die politischen Herausforderungen, vor denen Ruanda angesichts der Bewältigung des Völkermordes steht. Je deutlicher – auch nach außen sichtbar – das Bemühen Ruandas um freiheitliche demokratische Strukturen sei, desto größer wäre auch die Bereitschaft der Internationalen Gemeinschaft für eine Unterstützung Ruandas.

6. Justiz

Über 100 000 Menschen sind derzeit in ruandischen Gefängnissen unter dem Verdacht inhaftiert, am Völkermord des Jahres 1994 beteiligt gewesen zu sein. Viele von ihnen sitzen seit Jahren ein, ohne Haftbefehl oder Anklageschrift. Der Delegation wurde berichtet, daß man sich derzeit um solche haftbegründende Unterlagen bemüht. Einen genauen Überblick, wie viele Gefangene schuldig oder unschuldig inhaftiert sind, liegt den Menschenrechtsorganisationen nicht vor. Über 100 der sogenannten Völkermordprozesse wurden bereits durchgeführt, die meisten Prozesse endeten mit einer Verurteilung zum Tode. Alle Angeklagten gingen daraufhin in die Berufung, rechtskräftige Urteile liegen noch nicht vor. Noch keines der Todesurteile wurde vollstreckt.

Die ruandische Regierung steht vor der schier unlösbaren Aufgabe, innerhalb eines angemessenen Zeitraumes ca. 100 000 Strafprozesse abzuwickeln. Die an den Massakern von 1994 Beteiligten – und es muß angesichts der über eine Million Toten auch Hunderttausende von Mördern gegeben haben – müssen strafrechtlich verfolgt werden. Die Überlebenden des Völkermordes erwarten eine gerichtliche Aufarbeitung des Genozids. Andererseits ist es ein rechtsstaatlich unhaltbarer Zustand, Untersuchungshäftlinge über Jahre hinweg im Gefängnis festzuhalten. Nach Aussagen der ruandischen Regierung ist im Parlament ein Gesetz verabschiedet worden, das die Gerichtsverfahren beschleunigen kann. Es soll nun eine Unterscheidung getroffen werden in Hauptverantwortliche des Genozids und in Kleintäter, die geringfügig bestraft werden können. Dieses Gesetz bietet die Möglichkeit, die Anzahl der Gefangenen zu reduzieren und damit die Situation in den Gefängnissen zu entlasten.

Die rheinland-pfälzische Delegation hatte die Möglichkeit, das Gefängnis von Kigali zu besuchen. Dieses Gefängnis ist für ca. 2 000 Gefangene vorgesehen. Zum Zeitpunkt des Besuches befanden sich nach Aussagen der Gefängnisverwaltung und des Justizministeriums ca. 5 280 Häftlinge, davon ca. 4 460 Männer, 734 Frauen und 86 Kinder, in diesem Gefängnis. Nach Mitteilung von Teilnehmern aus der deutschen Delegation, die früher dieses Gefängnis besucht haben, hat die Belegung offensichtlich abgenommen. Während des Besuches von Staatsminister Walter Zuber im Februar 1997 waren ca. 9 000 Gefangene dort untergebracht. Nach Rückfragen der deutschen Delegation wurde mitgeteilt, daß in letzter Zeit Gefangene in andere Gefängnisse verbracht wurden.

Ministerpräsident Kurt Beck unterstrich die Notwendigkeit, die Prozesse in einem angemessenen Zeitraum abzuwickeln und verwies auf die Möglichkeit, Inhaftierte, die geringerer Vergehen beschuldigt werden und bereits seit Jahren in Untersuchungshaft sitzen, freizulassen.

7. Menschenrechte

Nach Auskunft der Vertreter des UN-Menschenrechtsbeobachterprogramms ist es derzeit sehr schwierig, verlässliche Informationen über Menschenrechtsverletzungen zu bekommen, da die Regionen, in denen vorrangig Menschenrechtsverletzungen vermutet werden, für sie – auch aus eigenem Sicherheitsschutz – nicht zugänglich sind. So erhält die UNHRFOR (Human Rights Field Operation in Rwanda der UN) ihre Informationen durch Zeugenaussagen, die zum Teil über Dritte erfolgen. Konkrete Menschenrechtsverletzungen lassen sich daher derzeit nur schwer für die UN-Menschenrechtsorganisation verifizieren.

Gleichwohl räumt auch Präsident Pasteur Bizimungu ein, daß es in Einzelfällen zu Menschenrechtsverletzungen gekommen ist. Er betont gegenüber der Delegation, daß Menschenrechtsorganisationen, z. B. amnesty international, jederzeit die ruandischen Gefängnisse besichtigen können. Zudem haben von amnesty international gestellte Rechtsanwälte jederzeit die Möglichkeit, Angeklagte in den Prozessen zu vertreten.

Allerdings steht die ruandische Regierung dem Menschenrechtsprogramm der UN und den Menschenrechtsorganisationen sehr kritisch gegenüber. Sie werfen ihnen vor, daß es während des schrecklichen Genozids von 1994 kein derartiges Beobachterprogramm gegeben hat, sondern erst, nachdem der Genozid beendet worden sei.

Ministerpräsident Kurt Beck wies in allen Gesprächen auf die Notwendigkeit hin, die Menschenrechte zu respektieren. Er übergab dem ruandischen Staatspräsidenten und dem Justizminister Petitionen zu inhaftierten oder verschwundenen oder getöteten Personen mit der Bitte, diesen Vorfällen nachzugehen. Dieser Bitte soll entsprochen werden.

8. Kirchen

Sowohl die katholische als auch die protestantischen Kirchen Ruandas haben derzeit einen sehr schweren Stand. Die Kirchen waren nicht in der Lage, die Menschen während des Genozids im Jahre 1994 zu schützen, im Gegenteil, Tausende, die sich in katholische und protestantische Kirchen geflüchtet hatten, wurden dort niedergemetzelt.

Nach Ansicht der katholischen und protestantischen Bischöfe hat der Genozid alle ruandischen Christen erschüttert. Sie haben das Vertrauen in die Kirchen verloren und sehen die Kirchen nicht mehr als einen sicheren Zufluchtsort, sondern als Ort der Massaker an. Insbesondere das Vertrauen in die katholische Kirche als einer neutralen Institution ist sehr gestört, da viele Christen, aber auch Menschenrechtsorganisationen Kirchenvertreter der Kollaboration mit dem früheren Regime und der Beteiligung am Genozid beschuldigen. Inwieweit dies in Einzelfällen zutrifft, kann von außen nur schwer beurteilt werden.

Seit 1994 bemühen sich die Kirchen um einen Wiederaufbau ihrer Strukturen, denn Hunderte von Priestern und Ordensleuten wurden während der Massaker getötet, andere haben das Land verlassen und sind bis heute nicht zurückgekehrt. Diese Priester und Ordensleute sind auch diejenigen, die die Entwicklungsprojekte vor Ort wesentlich mit tragen. Die Kirchen sehen es als ihre vordringlichste Aufgabe an, das erneute Zusammenleben der Menschen zu ermöglichen und zu einer Versöhnung zwischen den Bevölkerungsgruppen beizutragen. Sie bemühen sich um eine aktive Friedenserziehung und um die Wahrung der Menschenrechte in Ruanda.

Sowohl die katholische als auch die protestantischen Kirchen baten darum, daß weitere Partnerschaften zwischen rheinland-pfälzischen und ruandischen Kirchengemeinden begründet würden. Von protestantischer Seite wurde das angeblich katholische Übergewicht bei dieser Partnerschaft kritisiert.

9. Entwicklungsperspektiven Ruandas

Die ruandische Regierung ist neben der Aussöhnung zwischen den Bevölkerungsgruppen um die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes bemüht. Insbesondere der ruandische Außenminister betont, es sei oberste Priorität der ruandischen Regierung, den Menschen bei der Überwindung der Armut und ihren täglichen Problemen zu helfen. Die ruandische Regierung legt derzeit ein sehr großes Gewicht auf die Grund- und Fachbildung der Bevölkerung. Dies soll u. a. durch den Aufbau einer Technischen Fachhochschule in Kigali sowie durch die Einrichtung von dezentralen technischen Fachschulen zur Ausbildung des notwendigen Mittelbaus erfolgen. Rheinland-Pfalz wurde gebeten, bei diesen Projekten behilflich zu sein.

Durch neugeschaffene Siedlungen für zurückkehrende Flüchtlinge möchte die ruandische Regierung den derzeitigen Streusiedlungen entgegenwirken und sogenannte Entwicklungspunkte schaffen, in denen sich mittelfristig Handel und Gewerbe niederlassen kann. Auf diese Weise sollen die dringend notwendigen außerlandwirtschaftlichen Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen und eine infrastrukturelle Versorgung der Bevölkerung erleichtert werden.

Insgesamt wird Ruanda nicht in der Lage sein, seine Entwicklungsbestrebungen mittelfristig alleine zu bewältigen. Eine dauerhafte und umfassende internationale Hilfe ist erforderlich. Diese Hilfe, die in allen Bereichen des ruandischen Lebens unterstützend eingreifen muß, dient auch direkt dem friedlichen Zusammenleben der Menschen in Ruanda. Von daher sind für Ruanda auch die Kontakte wichtig, die Ministerpräsident Kurt Beck während seiner USA-Reise im Frühjahr 1997 mit der UN und der Weltbank knüpfen konnte. Im Herbst wird in Mainz eine Konferenz der Weltbank stattfinden, bei der u. a. auch das Partnerschaftsmodell der Ruanda-Hilfe von Rheinland-Pfalz im Mittelpunkt steht.

Insbesondere die UN ist davon überzeugt, daß Ruanda und die angrenzenden Länder Burundi, Kongo, Uganda und Tansania ihre Probleme nur in einem regionalen Zusammenhang aus sich selbst heraus mit internationaler Hilfe lösen können. Die UN sieht derzeit eine politisch günstige Situation für eine solche regionale Strategie, da zwischen den amtierenden Regierungen im Kongo, in Uganda, Ruanda und Burundi enge Beziehungen bestehen. Außerdem ist nach Einschätzung der UN eine neue Generation von Staatsechefs in diesen Ländern an der Macht, die enger innerhalb des afrikanischen Kontinents miteinander kooperieren und sich aus der Abhängigkeit des Westens lösen wollen.

10. Abschließende Bewertung der Reise

Ruanda bietet derzeit ein Mosaik unterschiedlichster und oft gegensätzlicher Eindrücke und Informationen. Einfache, klischeehafte Bilder, mit denen die aktuelle Lage in Ruanda häufig skizziert wird und denen insbesondere wir in Europa und Deutschland leicht erliegen sind, stimmen nicht. Die Situation in Ruanda ist äußerst komplex, eine Vielzahl von Faktoren, die auch in diesem Bericht skizziert wurden, müssen berücksichtigt werden, um der Realität vor Ort gerecht werden zu können.

Allgegenwärtig ist vor allem eines: der Völkermord des Jahres 1994. Er ist überall spürbar, in allen Gesprächen, bei allen Projektbesuchen vor Ort, in den Gesprächen mit der Bevölkerung. Die Menschen sind heute noch durchdrungen von den schrecklichen Erfahrungen dieser wenigen Wochen, in denen über eine Million Menschen umgebracht wurden. Es gibt kaum eine Familie, weder unter den Hutu noch unter den Tutsi, die keine Toten zu beklagen haben. Premierminister Pierre Célestin Rwigema betonte gegenüber der rheinland-pfälzischen Delegation, daß 1994 kein Bürgerkrieg in Ruanda stattgefunden habe, sondern vielmehr ein Genozid, der die ethnischen Minderheiten und die Opposition im Lande ausmerzen sollte. Das Trauma des Erlebten und eine ständige Angst vor möglichen neuen Auseinandersetzungen prägen derzeit die ruandische Gesellschaft. Eine tatsächliche Versöhnung innerhalb der ruandischen Gesellschaft ist die Grundlage für das Fortbestehen des ruandischen Staates und daher auf absehbare Zeit eine dauerhafte Aufgabe der Verantwortlichen in Ruanda.

Die ruandische Regierung vermittelte in allen Gesprächen den Eindruck, sehr um den friedlichen Aufbau der Gesellschaft und um diese Versöhnung der Menschen bemüht zu sein. Diese Einschätzung wurde der Delegation auch von ausländischen Beobachtern, insbesondere der UN, mitgegeben.

Bei allem Verständnis für die schwierige und komplexe Situation in Ruanda und die Langwierigkeit politischer Prozesse sollte Rheinland-Pfalz die Entwicklung in Ruanda gleichwohl kritisch beobachten und begleiten. Partnerschaftliche Zusammenarbeit beinhaltet auch das Recht und sogar die Pflicht, auf bestehende Mißstände hinzuweisen. Dies wurde auch in den Gesprächen der rheinland-pfälzischen Delegation mit der ruandischen Regierung deutlich zum Ausdruck gebracht. Als Grundlage für die Partnerschaft zwischen Rheinland-Pfalz und Ruanda müssen weiterhin die Grundsätze der Menschlichkeit gelten.

Rheinland-Pfalz stellt für die Menschen in Ruanda in dieser schwierigen Zeit einen wichtigen Partner des Vertrauens dar, denn die Partnerschaft setzt dort an, wo Hilfe am allernötigsten ist: bei den Ärmsten der Armen. Die Partnerschaft zwischen Rhein-

land-Pfalz und Ruanda ist mittlerweile ein international anerkanntes, einmaliges Beispiel einer dezentralen und bürgernahen Entwicklungszusammenarbeit, auf das wir stolz sein können. Ministerpräsident Kurt Beck wird daher den Wunsch vieler ruandischer Gemeinden, Schulen und Pfarreien zur Wiederbelebung bestehender Partnerschaften, aber auch zur Unterstützung bei der Suche nach neuen rheinland-pfälzischen Partnern gerne aufgreifen und die rheinland-pfälzischen Bürgerinnen und Bürger aufrufen, sich noch stärker für unser Partnerland Ruanda zu engagieren.

Die Hilfe für die Partnerschaft lohnt sich, denn sie ist für viele Menschen in Ruanda die einzige Hoffnung in einer schwierigen Zukunft.